

Diskussionsbeitrag:

Zur Interpretation von “selbsttragendem Wachstum” in Ostdeutschland

Karl Mai
Halle, 17. Februar 2000

Übersicht:

1. Eine neue Interpretation und ihre Kritik
2. Was bedeutet “selbsttragendes Wachstum” der ostdeutschen Region?
3. “Rahmenbedingungen” contra aktive Strukturpolitik für Ostdeutschland
4. Ist eine “zweite Investitionswelle Ost” politisch opportun?
5. Entlastende Legendenbildung
6. Schlussbemerkung

*“Die Misere der Wirtschaftsentwicklung ist größer,
als selbst die ärgsten Pessimisten befürchteten.”
(Ulrich Pfeiffer, 1999) ¹*

1. Eine neue Interpretation und ihre Kritik

In den letzten Jahren ist es um den Eintritt in ein “selbsttragendes Wachstum” auffällig still geworden, wenn man davon absieht, dass von der Wirtschaftsforschung immer wieder betont wurde, dies sei noch lange nicht erreicht. Eine tiefergehende Diskussion der Merkmale dieser Wachstumsart fand in Verbindung mit ostdeutschen Spezifika kaum statt.

Kürzlich hat *Prof. Rolf-Dieter Postlep* diese Fragestellung wiederum aufgeworfen und zugleich neu interpretiert: “Das Ziel eines ‘selbsttragenden Wachstums’ in Ostdeutschland läßt sich in einer Weise interpretieren, dass es durch Wirtschaftspolitik gelingen soll, mittel- bis längerfristig Strukturen aufzubauen, die nach den Erkenntnissen der theoretischen und empirischen Regionalforschung im Wettbewerb der Regionen als wettbewerbsfähig einzustufen sind. Das ‘selbsttragende Wachstum’ müsste sich dann in einer deutlich aufwärtsgerichteten Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in der Region zeigen - bei rückläufiger Förderintensität.” ²

Diese Interpretation ist allein schon dadurch bemerkenswert, dass hier prospektiv von einem Zeitraum “mittel- bis längerfristig” ausgegangen wird, ohne die zurückliegenden 10 Jahre der ostdeutschen Vereinigungsökonomie und ihr bislang enttäuschendes Ergebnis ausdrücklich im Kontext zu reflektieren.

“Längerfristig” ist hier offenbar so gemeint, dass es ab Jahr 2000 nochmals längerfristig dauern könnte: das würde dann bereits die Dauer einer Generation erreichen. Eine generelle Aussage, warum dies nicht früher erreichbar wird, ist dem nicht hinzugesetzt.

In dieser Interpretation wird von wettbewerbsfähigen “Strukturen” gesprochen, die dann für die Region eine “deutlich aufwärtsgerichtete Entwicklung von Produktion und Beschäftigung” bewirken. Jedoch ist die “deutlich aufwärtsgerichtete Entwicklung” der Region weder qualitativ umrissen noch quantitativ bemessen, z.B. durch Angabe einer vergleichenden Wachstumsrate.

¹ Ulrich Pfeiffer, “Deutschland. Entwicklungspolitik für ein entwickeltes Land”, eva 1999, S. 261

² R.-D. Postlep in: Berliner Debatte INITIAL, Nr. 4-5/1999, S. 111

Schließlich wird die Einbeziehung von “deutlich aufwärtsgerichteter” Beschäftigung als Merkmal genannt, im Gegensatz zur hohen perspektivisch-prognostischen Unterbeschäftigung Ost, die lt. IAB-Bericht (Dez. 1998) bis 2010 um weitere 400.000 Personen zunehmen soll.

Eine deutlich “aufwärtsgerichtete Entwicklung von Produktion und Beschäftigung” ist zumindest im Punkt Beschäftigung bislang (und seit 1991) nicht erkennbar, weil die Freisetzung von Arbeitskräften sich fortsetzt und die Kompensation durch neue Arbeitsplätze nicht hinreichend so erfolgt, dass die Beschäftigung insgesamt deutlich ansteigen könnte. Der durch die Transformationsökonomie induzierte Arbeitsplatzverlust wurde generell nicht rückläufig. Völlig unklar ist, ob sich dies absehbar ändern lässt: die Voraussetzungen hinsichtlich der noch benötigten Investitionsvolumina sind im Kontext nicht konkret angesprochen.

Insofern bleibt offen, ob Produktion *und* Beschäftigung sich überhaupt gleichermaßen aufwärts entwickeln könnten: volkswirtschaftlich setzt dies bekanntlich voraus, dass die Wachstumsrate der ostdeutschen Wirtschaft ständig deutlich über ihrer Produktivitätsrate liegen müsste (bei sonst gleichen Bedingungen).

Danach fällt auf, dass diese Interpretation zwar eine längerfristige Entwicklung bis zum “selbsttragenden Wachstum” postuliert, aber keine Aussage bezüglich eines Ziels der weiteren Angleichung des volkswirtschaftlichen Leistungsniveaus Ost an West ergänzend hinzufügt: damit bleibt letztlich offen, ob das selbsttragende Wachstum in eine beschleunigte Verminderung regionaler Leistungsdefizite einmünden muss oder nicht. Die hiervon abhängige Angleichung der Lebensverhältnisse Ost an West wird nicht ausdrücklich verknüpft.

Nicht zu übersehen ist auch, dass diese Interpretation bloß an eine marktlich anerkannte Wettbewerbsfähigkeit von “Strukturen” anknüpft, ohne die Wechselbeziehungen von betrieblicher Ebene zu der notwendigen originären Eigensteuerquote auf der regionalen Ebene sowie zum regionalen gesamtwirtschaftlichen Leistungsdefizite zu zeigen. Insofern erscheint das von *Postlep* definierte “selbsttragende Wachstum” hinsichtlich seiner spezifischen Voraussetzungen zu abstrakt oder zu wenig komplex.

“Offensichtlich ist Ostdeutschland davon noch ein erhebliches Stück entfernt”, betont daher auch *Postlep* ohne weitere komplexe Begründung.³

Es kommt hier nicht weiter darauf an, seine wirtschaftspolitischen Empfehlungen vollständig aufzulisten: sie gehen von den Thesen aus, dass die “Sonderförderung Ost” des Bundes ab dem Jahr 2004 wegfallen und dass das “Lohnproblem Ost” von der Kostenseite her entspannt werden sollte.

Damit schwenkt *Postlep* auf die bekannten Positionen des offiziellen Sachverständigenrates (SVR) der Bundesregierung ein. Offen bleibt zuletzt ein Nachweis, wie bei wegfallender “Sonderförderung Ost” des Bundes und mittels durch Lohnmaßnahmen bewirkte, gering erhöhte Eigenkapitalbildung der Unternehmen - die aus diesen SVR-Positionen folgen müssen - die Forcierung einer aufholenden oder angleichenden Wirtschaftsleistung Ost an West nicht verhindert bzw. dennoch kompensatorisch erreicht werden kann.

Bekanntlich würde diese Angleichung immer voraussetzen, in Ostdeutschland ein überdurchschnittlich hohes Wachstumstempo im Ost-West-Vergleich für einen längerfristigen Zeitraum sowohl durch Rahmenbedingungen zuzulassen als auch aktiv strukturpolitisch zu gestalten.

³ Zahlreiche Fakten hierzu finden sich im “Neunzehnten Anpassungsbericht” der Wirtschaftsinstitute, z.B. in: IWH-Forschungsreihe 5/1999, speziell auch zur Umsatzrendite S. S. 30 ff.

2. Was bedeutet “selbsttragendes Wachstum” der ostdeutschen Region?

Natürlich habe ich zuvor mehrere Aspekte hervorgehoben, die in einer Merkmalsdefinition von “selbsttragendem Wachstum” sämtlich schwer unterzubringen sind: sie sind aber dennoch von analytischer Bedeutung für das Wesen dieses Entwicklungstyps für Ostdeutschland. Hier kam es mir darauf an, die Engsicht in der vorgelegten Postleyp-Interpretation zu verdeutlichen.

Im Gegensatz zu dieser Interpretation folgt nun der Versuch einer komplexeren und kausalbezogenen Umschreibung für “selbsttragendes Wachstum” speziell für Ostdeutschland. Dafür wird die Spezifik von Aspekten auf der Ebene von Unternehmen, auf der Ebene von Gebietskörperschaften und auf der gesamtregionalen Ebene zu beachten sein:

“Selbsttragend” ist das ostregionale Wachstum dann, wenn insgesamt folgende Qualität in den nachstehenden komplexen Merkmalen erkennbar ist:

- auf der Ebene der Unternehmen im Durchschnitt eine solche Mindest-Rendite erreicht und überschritten wird, die eine übliche Liquidität und Eigenmittelausstattung sichert und die Basisfinanzierung für die dringend erforderlichen Nettoinvestitionen und FuE-Vorleistungen gewährleistet (von zusätzlichen branchenüblichen Kreditaufnahmen und Fördermitteln abgesehen);
- auf der Ebene der regionalen Gebietskörperschaften eine solche Mindest-Eigenquote an originärem Steueraufkommen durch höhere regionale Wertschöpfung erreicht wird, die eine Finanzierung der üblichen (normativen) Personal- und Sachausgaben sowie eine Basisfinanzierung von Investitionen zur Erhaltung und Erneuerung der infrastrukturellen und kommunalen Sachanlagen sichert (von noch zwingenden zusätzlichen Transfers für investive regionale Schwerpunktaufgaben in die Infrastruktur abgesehen)
- auf der gesamt-ostdeutschen Ebene nach forciertem Wachstumsschub ein so hoher Mindest-Anteil der Eigenerzeugung am Endverbrauch im Zuge der weiteren innovativen Reindustrialisierung erreicht wird, dass die restliche Differenz- oder Defizithöhe innerhalb nationaler und EU-akzeptabler mittlerer Streubreite liegt, wobei gleichzeitig die notwendige Strukturangleichung durch den gesetzlichen horizontalen föderalen Finanzausgleich weiterhin wirksam unterstützt wird (von den zwingend notwendigen Bundes-Sonderzuweisungen für investive nationale Schwerpunktaufgaben abgesehen);
- die wechselseitige Bedingtheit und Durchdringung dieser drei Ebenen-Merkmale einen nachhaltigen Trend zur weiteren Angleichung der ostdeutschen Pro-Kopf-Leistung des BIP (vor allem durch steigende Industrierzeugung und produktionsorientierte Dienstleistungen) sowie des Beschäftigungs- und des Arbeitslosengrades an den westdeutschen Durchschnitt einschließt oder objektiv ermöglicht, um u.a. auch den verfassungsmäßigen Auftrag zu gleichartigen Lebensverhältnissen Ost/West vollends durchzusetzen.

Die unterste Ebene der Betrachtung bildet die der Unternehmen, insbesondere der mit hoher Wertschöpfung im produzierenden Bereich. Die Unterentwicklung Ost, vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und hier speziell im Exportsektor, muss rascher aufgeholt werden. Die Rückkopplung dieser Ebene zu den hier genannten zwei “oberen” Ebenen ist offensichtlich: ohne forcierte Erfolge und Durchbrüche im Unternehmenssektor (Rentabilität, Produktivität) ist an ein “selbsttragendes Wachstum” regional-generell nicht zu denken.

Die mittlere Ebene der Betrachtung bildet die Länderebene, die derzeit unter einer völlig unzureichenden originären (Eigen-)Steuerquote leidet und demzufolge auf eine weitsichtige und weiterführende Ausgleichs- bzw. ergänzende Finanztransferleistung zugunsten ihrer Haushalte angewiesen bleibt. Hier zeigt sich der Widerspruch zwischen den "normalen" regionalen Haushaltsverpflichtungen und der unterentwickelten volkswirtschaftlichen Eigenleistung Ost, wurzelnd im defizitär strukturierten Industriesektor, besonders krass.

Die obere Ebene der Betrachtung zielt auf die immer noch gravierend hohe Lücke in der Bilanz von Eigenerzeugung und Endverwendung von Einkommen in den neuen Bundesländern insgesamt, die inzwischen nachhaltig die Höhe der notwendigen finanziellen Transfers beeinflusst und zur permanenten Zwangslage gestaltet. Ein überwiegender Teil bisheriger "Transfers" ist durch gesetzliche Sozialleistungen im konsumtiven Bereich festgelegt, die ihrem Wesen nach keine "Aufbauhilfe Ost" darstellen. Der breit gestreute investive Finanztransfer des Bundes lag zuletzt (1998) bei ca. 40 Mrd. DM pro Jahr.

Wie man sieht, ist selbst eine wie vorstehend tiefer gegliederte Umschreibung für das "selbsttragende Wachstum" nicht allumfassend, zeigt aber die entscheidenden Aspekte ursächlich oder in ihrer wechselseitigen Wirkungskette und verknüpft den umschriebenen Entwicklungsweg mit dem nationalen Ziel der Entwicklungsstrategie: Das "selbsttragende Wachstum" ist Mittel und Vorbedingung, um die ökonomische und soziale Angleichung zwischen den neuen und den alten Bundesländern überhaupt historisch zu bewältigen.

3. "Rahmenbedingungen" contra aktive Strukturpolitik für Ostdeutschland

Eine aktive sektorale Wirtschaftssteuerung durch den Staat, die chancenreiche innovative Produktionsbereiche besonders forciert, liegt nicht im Sinne des Amsterdamer Vertrages, der den Grundsatz "einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" festschreibt.⁴ Wenn demzufolge der effiziente Einsatz der Ressourcen dem marktlichen Entdeckungsverfahren überlassen bleiben muss, kann der Staat nur eine fördernde Hilfsrolle, jedoch keine sektorale Steuerung zum Aufbau einer innovativen Exportbasis Ost faktisch oder finanziell übernehmen.

Dies blockiert auch denkbare Sonderverfahren zur strukturell nachholenden industriellen Entwicklung in den neuen Bundesländern vom Ansatz her, soweit nicht durch spezielle EU-Fördermittel und bei Beachtung der EU-Zustimmungspflicht vom neoliberalen Grundsatz der Marktsteuerung durch Wettbewerb "vertretbar" abgewichen wird.

Die strikte Unterwerfung unter diesen EU-Grundsatz kennzeichnet auch die rot-grüne Konzeption der Bundesregierung für Ostdeutschland, die mit dem Anschlussbericht zur deutschen Einheit vom Oktober 1999 vorliegt. Dort heißt es lapidar: "Im Zentrum steht die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um zukunftsfähige Strukturen und Beschäftigung zu schaffen."⁵ Hier gilt zu beachten: Rahmenbedingungen können keine "Strukturen und Beschäftigung schaffen", sondern höchstens deren marktgerechte Herausbildung seitens der Unternehmen stimulieren oder marktkonform ermöglichen.

Der Bericht erfasst allgemeine und besondere staatliche Maßnahmen der Finanzierung und der Effizienzerhöhung in der Fördermittelgestaltung in einem beachtlichen Wirkungsumfang. Investitionszulagen werden zwar in einem selektiven, aber immer noch breiten Spektrum der

⁴ Vergl. hierzu auch: Ingo Schmidt, "Europa - Integration ohne Konzept?", Manuskript der Memo-AG, S. 11

⁵ Bundesregierung, Jahresbericht 1999 zum Stand der deutschen Einheit, S. 44

Förderungswürdigkeit gewährt: Industrie, Handwerk, innerstädtischer Einzelhandel und produktionsnahe Dienstleistungen sind einbezogen. Verstärkte Anzeichen einer staatlich gesteuerten Strukturpolitik zugunsten von innovativen Branchen oder Sektoren sind jedoch nicht explizit erkennbar, von infrastrukturellen Schwerpunkten dabei abgesehen.

Ebenso umgeht diese aktuelle Regierungskonzeption die Frage einer aktiven Gestaltung eines überdurchschnittlichen Wachstums Ost zwecks weiterer Angleichung an das westdeutsche Leistungsniveau generell - damit auch die einer strategischen Zielsetzung für den Zeitraum dieser Angleichung. Die zahlreichen Einzelmaßnahmen wirken zwar in die "richtige Richtung", lassen aber das vergleichsweise Ost-West-Entwicklungsziel für den Perspektivzeitraum offen. Für den politisch anvisierten Eintritt der EU-Osterweiterung fehlen klärende Aussagen zur dringend bevorstehenden spezifischen Anpassungsleistung in den neuen Bundesländern. Das Fehlen solcher politischer Schlussfolgerungen für die praktische Politik hat der DGB jetzt offiziell nachdrücklichst kritisiert ⁶

Unter diesen Bedingungen wird die auf Länderebene erfolgende regionale und subregionale Planung und Koordinierung innovativer Strukturänderungen zum Hauptmittel einer zwar marktkonformen, aber dennoch aktiven Einflussnahme auf den Wachstums- und gerichteten Entwicklungsfortschritt Ost. Ein geeignetes Instrumentarium der beratenden und stützenden Hilfen für innovative Neugründungen und Marketing-Maßnahmen ist regional aktiv, ebenso für deren Finanzierung aus Bündelungen von Fördermitteln oder Risiko- bzw. echtem Beteiligungskapital (in begrenztem Umfang). Dem marktsponanten Prozess wird hierbei dezentral umsichtig der Weg geebnet, da am Ende immer das wettbewerbliche Angebot für regionale und überregionale Käufer bzw. Konsumenten und dessen Erfolg steht.

Zweifellos gibt es regionale Potentiale für Wachstum, die durch eine zielstrebige Politik einbezogen oder erschlossen werden können. Hier sind die objektiven Möglichkeiten maximal zu nutzen, und Vorschläge dafür liegen inzwischen vielfältig vor. Es liegt jedoch auf der Hand: damit allein ist nur eine langsame Anhebung der insgesamt noch immer unterdurchschnittlichen Kapitalrenditen Ost erreichbar, während ein stetiges überdurchschnittliches BIP-Wachstum (im Vergleich zu Westdeutschland) und damit der eigentliche Angleichungsprozess illusorisch bliebe.

Letztlich entsteht so keine hinreichend hohe Eigenakkumulation für die weiterhin noch erforderlichen umfangreichen Investitionen zur rascheren Pro-Kopf-Leistungsangleichung beim BIP und zur extensiven Schaffung neuer kompensatorischer Arbeitsplätze.

4. Ist eine "zweite Investitionswelle Ost" politisch opportun?

Damit nähern wir uns der Kernfrage, dem Problem einer neuen externen Investitionswelle, die nach dem Auslaufen der ersten Welle (1994/95) als zusätzlicher Schub für die weitere zwingende Leistungsangleichung und als Impuls zum "selbsttragenden Wachstum" - vor allem ausgehend vom Industriebereich - eigentlich logisch und sachlich unverzichtbar ist. ⁷ Hier sind neben ausländischen Direktinvestitionen in Ostdeutschland, für die es ein weites Feld der Ausnutzung des noch niedrigeren Lohnniveaus gibt, vor allem die riesigen Potenzen zu erschließen, die u.a. durch den billionenschweren Cash-Bestand der westdeutschen

⁶ Siehe hierzu: DGB-Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, "10 Jahre Aufbau Ost - eine Zwischenbilanz", Nr. 2/2000, S. 17 f.

⁷ Siehe hierzu: Pfeiffer/Simons, "Wirtschaftliche Entwicklungsdefizite und Entwicklungsstrategien für Ostdeutschland", Gutachten 1998, Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 8. Die schockierenden Angaben in dieser Studie wurden in der bundesdeutschen Parteienlandschaft einfach ignoriert.

Produktionsunternehmen insgesamt⁸ bestehen und z.T. auch in ostdeutsche innovative Industrieinvestitionen umleitbar wären, falls dazu ausreichende Stimuli politisch gesetzt werden könnten.

Die rot-grüne Bundesregierung schließt vor dieser Konsequenz die Augen und bemüht sich nicht nachdrücklichst, eine praktikable Lösung zu eröffnen: sie setzt einseitig auf die westdeutsche Kapitalexpansion in ausländische bzw. globale Märkte. Der Umfang der westdeutschen Direktinvestitionen ins Ausland übersteigt jährlich mehrfach die privaten Transfer-Investitionen in die ostdeutsche Industrie.

Im Schlepptau der westdeutschen Unternehmenszentralen zeigt die rot-grüne Bundesregierung keinen Schneid, deren Investitionspolitik zugunsten der auswärtigen Märkte einer politisch-strategischen und historischen Kritik aus nationaler Gesamtsicht zu unterziehen.

Damit wäre die Alternative, auf eine solche zusätzliche "zweite Investitionswelle" endgültig verzichten zu müssen, insofern tragisch, als dann das strategische Ziel der weiteren raschen Angleichung der volkswirtschaftlichen Leistung und der Höhe der Masseneinkommen Ost an West historisch absehbar vergeben würde.⁹

Dann hätte der Weg zu einem "selbsttragenden Wachstum" im Kontext der gesamten ostdeutschen Unterentwicklung keine Priorität der jetzt gängigen Politik nationaler Dimension. Die sozialen und politischen Folgen wären gravierend und zugleich national differenzierend bis pervertierend.

Dies erscheint dann als Folge der stabilen Einbindung der deutschen Wirtschaftspolitik in die neoliberalen Grundsätze der EWU-Wettbewerbspolitik, die sich auf bloße "Rahmengestaltung" beschränkt und dabei vor der nationalen Sonderaufgabe historischer Dimension "Innerdeutsche Angleichung der volkswirtschaftlichen Leistung" letztlich versagt. Dies ist aber auch eine Folge der bevorzugten westdeutschen Unternehmenspolitik, sich auf den globalen Märkten kraftvoll mittels Kapitalexpert zu etablieren, während die ostdeutsche "EU-Unterentwicklungsregion I" auf die bislang noch üblichen, aber vergleichsweise viel geringeren Strukturhilfen der EU-Fördermittel abgehängt wird.

5. Entlastende Legendenbildung

Vor die Tatsache gestellt, dass eine riesige Investitionssumme von 1,4 Billionen DM seit 1991 nicht ausreichte, um in den neuen Bundesländern das "selbsttragende Wachstum" in Gang zu setzen, sucht auch die rot-grüne Bundesregierung nach historischen Erklärungen für diesen Misserfolg. Eine wichtige Entlastungsfunktion fällt dabei der Legendenbildung zu, einen faktischen ökonomischen Bankrott der Ex-DDR als Ausgangspunkt der ostdeutschen Transformationsökonomie zu beschwören:

"Ende 1989 stand die DDR-Wirtschaft nach eigenen Erkenntnissen der Zentralen Plankommission und des DDR-Finanzministeriums vor dem ökonomischen Bankrott. Neben einem Haushaltsdefizit von 120 Mrd. Mark der DDR und einer Auslandsverschuldung von 20 Mrd. Dollar war vor allem die Tatsache besorgniserregend, dass die Produktivität der ostdeutschen Betriebe seit 1980 um etwa 50 % gesunken und ein Ende der Talfahrt nicht in Sicht war," heißt es im Jahresbericht 1999 zur deutschen Einheit.¹⁰

⁸ Siehe: "WSI-Mitteilungen", Nr. 11/1999, S. 739 Tabelle

⁹ Hierauf hat H. Flasbeck bereits 1997 nachdrücklichst verwiesen.

¹⁰ a.a.O., S. 25

Die hier angeführten Daten bzw. Fakten erweisen sich bei näherer Prüfung als falsch. Hierzu folgendes:

- Die DDR hatte 1989 kein laufendes Haushaltsdefizit von 120 Mrd. Mark, sondern eine kumulative innere Staatsverschuldung in etwa dieser Höhe.¹¹
Vergleichsweise betrug die kumulative innere Staatsverschuldung 1990 in der alten Bundesrepublik sogar 923,5 Mrd. DM.¹²
- Ende 1989 betrug die Netto-Devisenverschuldung der DDR kumulativ 19,9 Mrd. DM, nicht aber Dollar.¹³ In Dollar war sie daher wesentlich niedriger, und zwar 10,6 Mrd. Dollar (bei einem Umrechnungskurs von 1,88 DM für 1989).
- Ein Rückgang der Produktivität der ostdeutschen Betriebe zwischen 1980 und 1989 um etwa 50 % ist völlig aus der Luft gegriffen - dafür gibt es keine statistischen Belege. Nach neueren plausibilisierten Forschungsangaben belief sich die jährliche durchschnittliche Wachstumsrate der volkswirtschaftlichen Produktivität der DDR 1979-1989 auf 2,2 %.¹⁴

Nach einer aktuellen Veröffentlichung der Deutschen Bundesbank¹⁵ beliefen sich die Liquiditätsreserven der DDR-Außenwirtschaft zu Ende 1989 "immerhin noch bei 29 Mrd. VM und deckten 59,3 % der Verschuldung ab. Das Verhältnis der Auslandsaktiva zu den Importen belief sich auf 158 %, das heißt sie entsprachen den Einfuhren von 1 1/2 Jahren." Diese sachlich geprüften, glaubwürdigen Angaben der Bundesbank stehen in krassem Gegensatz zu den überholten "Selbsteinschätzungen" von G. Schürer & Co., die man 1989 dem SED-Politbüro offerierte und die von der Bundesregierung noch immer beflissen kolportiert werden.

Diese völlig irreführenden Zahlen-Angaben im obigen Zitat aus dem offiziellen Bericht der Bundesregierung weisen ein übriges Mal daraufhin, wie eine Nebelwand vor dem Versagen der vor 10 Jahren eingeleiteten Transformationspolitik gegenüber der Ex-DDR errichtet werden soll. Ein Schlaglicht hierauf wirft auch der statistisch bekannte, aber politisch ignorierte Fakt, dass sich die Rate der zuletzt realisierten DDR-Nettoinvestitionen auf immerhin 12,3 % ihres BIP zu Marktpreisen belief, während diese Relation für Westdeutschland bei 11,2 % lag.¹⁶

Dies steht im Gegensatz zur düsteren Zeichnung einer zweckorientierten rein ökonomischen Endzeitbeschwörung speziell für die Ex-DDR, die mit dem THA-Desaster salonfähig wurde.

6. Schlussbemerkung

Ein "selbsttragendes Wachstum" kann letztlich nicht bloß als ein "deutlich aufwärtsgerichtetes Wachstum" von wettbewerbsfähigen Strukturen vereinfachend interpretiert werden, das die komplexen Bedingungen und Wechselbeziehungen hierfür nicht benennt. Indem Prof. *Postlep* den Sachverhalt hinter diesem Begriff neu, aber stark vereinfachend aufwirft, nährt er die Erwartung marktsponanter Lösung des Problems - oder bindet es schlicht in die neoliberale Sichtweise ein. Dadurch aber weist er auf die derzeitige öffentliche Gelegenheit, die politische und ökonomische Tragik der zurückliegenden

¹¹ Rüdiger Pohl (Hrsg.), "Herausforderung Ostdeutschland", Analytica, 1995, S. 36

¹² Sinn/Sinn, "Kaltstart", dtv 1993, S. 276

¹³ Deutsche Bundesbank, "Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989", Sonderdruck 1999, S. 59

¹⁴ Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Akademie Verlag, 1995/2, S. 13

¹⁵ Deutsche Bundesbank, "Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989", Sonderdruck August 1999, S. 58

¹⁶ Sinn/Sinn, "Kaltstart", dtv 1993, S. 277, 270

widerspruchsvollen Vereinigungsökonomie einerseits zu deuten, andererseits das bestehende Konzept der jetzigen Bundesregierung kritisch unter Perspektivaspekten zu werten. Durch politische Entscheidungen für eine echte alternative Wirtschaftsstrategie Ost wäre das historische Dilemma dieser "EU-Unterentwicklungsregion I" durch einen weiteren nationalen Kraftakt noch absehbar aufzulösen.

"Die Reindustrialisierung Ostdeutschlands ist eine Schlüsselaufgabe deutscher Innenpolitik, weil bei ihrem Scheitern extreme Langfristschäden drohen. Deshalb muss diese Aufgabe aus dem Alltagstrott der Förderbürokratien herausgeführt werden. Die Spitzenpolitiker müssen deutlich signalisieren, daß besondere Anstrengungen erforderlich werden", fasst Ulrich Pfeiffer die politischen Konsequenzen zusammen.¹⁷ Dies ins Ohr der ost- und westdeutschen Politiker aller Couleur, die nicht den Mut haben, sich dem wahren Problem öffentlich zu stellen.

¹⁷ Ulrich Pfeiffer, "Deutschland. Entwicklungspolitik für ein entwickeltes Land", eva 1999, S. 273